

Almuth Ebke, „The Party is Over“? Britische Wirtschaftspolitik und das Narrativ des „Decline“, 1970–1976, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2012, 123 S., geb., 22,95 €.

Die 1970er Jahre werden in der europäischen Zeitgeschichtsforschung gemeinhin als Krisenjahrzehnt aufgefasst. In seiner Geschichte Europas betitelte Tony Judt die Zeit von 1971 bis 1989 mit dem Stichwort „Rezession“. Eric Hobsbawm sieht in seiner viel beachteten Studie „Zeitalter der Extreme“ in den 1970er Jahren einen historischen Einschnitt, der durch den Niedergang des wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsenses und der schwerindustriellen Produktion sowie durch den gleichzeitigen Aufstieg der Globalisierung und neoliberaler Wirtschafts- und Politikkonzepte charakterisiert ist. Besonders in Großbritannien hat sich die Dekade als Zeit des imperialen und vor allem des ökonomischen Niedergangs in das kollektive Gedächtnis der Nation eingebrannt. Nicht enden wollende Streiks, Strukturwandel sowie globale ökonomische Verwerfungen erzeugten ein andauerndes Krisenbewusstsein und stellten die Politik vor bislang unbekannte Herausforderungen.

In der britischen Zeitgeschichtsforschung mehren sich seit den letzten Jahren Ansätze, die 1970er Jahre nicht als bloße Vorgeschichte des Regierungsantritts Margaret Thatchers und der damit verbundenen marktradikalen Politikwende zu betrachten, sondern den politischen Reaktionen der Regierungen Heath, Wilson und Callaghan stärkeres Eigengewicht zu verleihen. Einen Beitrag dazu leistet Almuth Ebke mit ihrer Studie über die britische Wirtschaftspolitik von 1970 bis 1976. Dabei handelt es sich um eine überarbeitete Fassung der Magisterarbeit der Verfasserin, die 2011 mit dem Preis des Fördervereins Geschichte an der Universität Tübingen ausgezeichnet wurde.

Die konzise Studie verknüpft Politik- und Wirtschaftsgeschichte mit einem ideen- beziehungsweise diskursgeschichtlichen Ansatz. Den Zeitraum von Edward Heaths Regierungsantritt 1970 bis zur „Sterlingkrise“ 1976 betrachtet Ebke auf zwei Untersuchungsebenen: Sie untersucht zum einen die Maßnahmen, mit denen zunächst die Conservative Party und dann die Labour Party auf die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen reagierten. Auf einer zweiten Ebene analysiert die Verfasserin die grundlegenden Denkmuster der politisch Handelnden. Ausgehend von der Überlegung, dass Entscheidungen „nicht im luftleeren Raum“, sondern immer in der Auseinandersetzung mit den die individuelle Wahrnehmung strukturierenden zeitgenössischen Denk- und Handlungsmustern gefällt werden (S. 12), fragt Ebke nach der Bedeutung des Narrativs des „Niedergangs“ („British Decline“) für die Wirtschaftspolitik der Jahre 1970 bis 1976. Als sinngebendes Erklärungsmuster für vielfältige Wandlungsercheinungen müsse das Narrativ des „Decline“ als Entstehungskontext für jegliche Form von Politik in dieser Zeit mitgedacht werden.

Die Studie gliedert sich in drei Abschnitte: Im ersten Kapitel wird das Regierungshandeln des Tory-Kabinetts von Edward Heath in den Jahren 1971/72 untersucht. Ebke bettet die politischen Maßnahmen der Heath-Regierung in der Industrie-, Gewerkschafts- und Einkommenspolitik konsequent in ihren konkreten historischen Kontext der beginnenden Dekade ein und gelangt so zu einer überzeugenden Bewertung der gemeinhin als „Kehrtwendungen“ („u-turns“) bezeichneten Politik der Jahre 1971/72. In der Rückschau wurde Heath innerhalb der Conservative Party wie von Teilen der Forschungsliteratur oft negativ bewertet: Während Thatcher das Land gegen Widerstände konsequent

reformiert habe, sei die Heath-Regierung von anfänglich vielversprechenden (angebotsorientierten) Ansätzen abgerückt und damit verantwortlich für die Probleme der folgenden Jahre. Ebke legt hingegen überzeugend dar, dass es sich bei Edward Heath und seinem Kabinett keinesfalls um „Neoliberale“ handelte, die ihren eigenen ideologischen Überzeugungen nicht gerecht wurden. Obwohl mit einer „dezidierten Freimarktrhetorik“ angetreten, verfolgten sie letztlich „ähnliche Ziele wie die keynesianische Wirtschaftspolitik vor ihnen“ (S. 48) und befanden sich damit ganz in der Tradition des gemäßigten „One-Nation-Conservatism“. Zur Lösung akuter wirtschaftlicher Probleme und politischer Konflikte griffen sie pragmatisch auf altbekannte Politiklinien der 1960er Jahre zurück.

Dass diese allerdings im Verlauf der 1970er Jahre zunehmend an Plausibilität verloren, wird im zweiten Kapitel deutlich, welches die Reaktionen der Politik auf die Ölkrise und die Krise der Gewerkschaftsbeziehungen der Jahre 1973/74 zum Gegenstand hat. Heath wusste sich angesichts der Lohnstreitigkeiten mit den Bergarbeitern und der durch die Verteuerung des Rohöls verstärkten Stagflation nicht anders zu helfen, als mit dem Slogan „Who governs Britain“ in Neuwahlen zu ziehen. Das Labour-Kabinett des daraufhin zum zweiten Mal ins Amt des Premierministers gewählten Harold Wilson zielte mit dem „Social Contract“ auf eine Neuordnung der Gewerkschaftsbeziehungen. Die Inflationskrise von 1975 zeigte jedoch umgehend, dass der „keynesianische Drahtseilakt“ (S. 74) zwischen reflationärer Beschäftigungspolitik und Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldentwertung den wirtschaftlichen Herausforderungen nicht gewachsen war. Das Erklärungsmuster des „British Decline“ wurde von der Politik zur Legitimierung politischer Projekte bemüht. Die Conservative Party beschwor im Wahlkampf 1974 „Niedergang“ und „Krise“, für die vor allem die schlechten Gewerkschaftsbeziehungen verantwortlich seien. Auf der anderen Seite versuchte der Labour-Industrieminister Tony Benn die britische Industrie durch ein umfassendes Nationalisierungsprogramm zu reorganisieren, wobei er das Interpretament des „Niedergangs“ sowohl als Analysekategorie als auch als sprachliche Strategie aufgriff. Beides zeigte gleichfalls an, dass die Annahmen des „keynesianischen Nachkriegskonsenses“ in beiden Parteien an Erklärungskraft eingebüßt hatten.

Das abschließende Kapitel analysiert die Maßnahmen, mit denen die Regierung Callaghan auf die „Sterlingkrise“ von 1976 reagierte. Angesichts des dramatischen Werteverfalls der britischen Währung im Herbst 1976 entschloss sich Finanzminister Denis Healey in Absprache mit James Callaghan, einen Darlehensantrag beim Internationalen Währungsfond (IWF) einzureichen. Die Hilfe des IWF war an Auflagen gekoppelt, die die Regierung zu Kürzungen im öffentlichen Sektor zwangen. Healey war der Ansicht, ein Darlehen sei notwendig, um die internationale Kreditwürdigkeit Großbritanniens wiederherzustellen und das zu erwartende Haushaltsdefizit binnenwirtschaftlich zu finanzieren. Sowohl Politiker des linken Flügels der Labour Party als auch einige Zeithistoriker bewerteten die vom Kabinett Callaghan verfolgte Sparpolitik als neoliberal motivierte Zerstörung des keynesianischen Nachkriegskonsenses. Überzeugend argumentierend und ausgewogen urteilend vermag Ebke aber darzulegen, dass „in Anbetracht der Wirkungslosigkeit keynesianischer Maßnahmen [...] unbedingt alternative Handlungsstrategien nötig waren“ und die vom „Treasury“ verfolgte Politik „weniger ideologisch, als vielmehr pragmatisch motiviert“ (S. 98) war. Angesichts der Wirkungslosigkeit der Globalsteuerung wurden in einem Klima tiefer Verunsicherung und Orientierungslosigkeit Maßnahmen verfolgt, die auch von der neoliberalen Wirtschaftstheorie befürwortet wurden. Dabei wurde die keynesianische Ausrichtung prinzipiell aber nicht aufgegeben. Nicht nur die neoliberale Kritik an dieser Ausrichtung, sondern auch das vom linken Flügel der Labour Party formulierte Alternativkonzept der „Alternative Economic Strategy“ zeigten gleichfalls Verschiebungen in der politischen Landschaft an: Während Thatcher ihre Partei bedingungslos auf „mehr Markt“ ausrichtete, sollte das Programm einer bewussten Abschottung der britischen Wirtschaft vom Weltmarkt und der schrittweisen Einführung des Sozia-

lismus in den 1980er Jahren ideologisch wirkmächtig für die Labour Party werden. Diese in den 1970er Jahren beginnende Polarisierung löste sich erst mit „New Labour“ in den 1990er Jahren in einem neuen „neoliberalen Konsens“ auf.

Ebke behandelt ihr Thema stets nah am wissenschaftlichen Diskurs. Ausgewogen urteilend zeichnet sie in der Auseinandersetzung mit in der Zeitgeschichtsforschung kontrovers diskutierten Fragen ein differenziertes Bild der Regierungen Heath, Wilson und Callaghan, die mit ihren jeweils eigenen wirtschaftspolitischen Ansätzen auf die ökonomischen Schwierigkeiten reagierten. Darin liegt zweifelsohne die Stärke des schmalen Bandes. Nicht vollends eingelöst wird allerdings der Anspruch, das Narrativ des „Decline“ für die Zeit von 1970 bis 1976 zu dekonstruieren und die Frage nach seiner Bedeutung für die britische Wirtschaftspolitik in diesem Zeitraum zu beantworten. Dies auf rund 100 Textseiten bewerkstelligen zu wollen, erweist sich als zu ambitioniert. Ebke fokussiert sich doch stärker auf die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Reaktionen der Politik, die Funktion des Narrativs „Decline“ im parteipolitischen Diskurs Großbritanniens der 1970er Jahre wird nur in Ansätzen beleuchtet. Zu selten widmet sich die Verfasserin dem zeitgenössischen Niedergangsdiskurs und den Argumentationsmustern der Parteipolitik. Die Passagen, die Ebke auf diese Fragen verwendet, verweisen dabei auf wichtige neue Erkenntnisse: So kann die Verfasserin andeuten, dass die Niedergangserzählung als rhetorische Strategie von parteiinternen Kritikern des Keynesianismus in der Labour und der Conservative Party aufgegriffen wurde, um radikale Politikansätze durchzusetzen. Das Denkmuster lieferte so „das nötige geistige Umfeld“ (S. 110) für ideologische Ordnungsvorstellungen, die in den 1980er Jahren wirkmächtig wurden. Für diesen Zusammenhang hätte sich allerdings ein Blick auf das Aufgreifen des Interpretaments „Decline“ durch die „Neue Rechte“ und auf Margaret Thatchers Interpretation der Krise gelohnt, bildeten doch die Oppositionsjahre von 1975 bis 1979 die formative Phase des Thatcherismus. Ebke konzentriert sich hier vor allem auf die Rolle des „Decline“ innerhalb der Argumentation der Labour-Linken. Dabei war es doch die Regierung Thatcher, die ab 1979 radikal mit den bis dahin gültigen politischen Annahmen brach.

Insgesamt leistet Ebke einen Beitrag zur Klärung der Frage, wie ökonomische Transformationsprozesse der britischen Industriegesellschaft im „Strukturbruchjahrzehnt“ der 1970er Jahre gesellschaftlich erfahren und politisch verarbeitet wurden. Ihre wichtigen Hinweise dazu sollten durch weitere, auch europäisch und transatlantisch vergleichende Studien vertieft und ergänzt werden.

Peter Beule, Bonn

Zitierempfehlung:

Peter Beule: Rezension von: Almuth Ebke, „The Party is Over“? Britische Wirtschaftspolitik und das Narrativ des „Decline“, 1970–1976, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2012, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 54, 2014, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81551>> [14.4.2014].